Einzelpreis 200 Milliarden | Halle, Freitag, den 7. Dezember | Jahrg. 1923 • Nr. 286

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit d. tägl. Unterhaltungsteil. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Rücksprechstunden der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Bezirksorgan der USPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Hanz 49/44, Kinderh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" vom 1. bis 7. Dez. beträgt 1 Goldmark einschl. Bestellgebühr. Für Abholer 0,95 Goldmark. Bei Zahlung in Papiermark gilt der Tagesktrs. D. a Kommentar ist binden für den ganz. Bezugszeitraum. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Hanz 49/44. Fernruf 4605, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung).

Auf des Messers Schneide.

Doch Reichstagsauflösung?

Die Auflösungsurkunde bereits in der Hand des Reichskanzlers. • Sozialdemokratischer Fraktionszwang und Gewissenstrage. • Ausschluß des Abgeordneten Hoffmann-Schmargendorf aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Berlin, 7. Dezember. (Sondertelegr.)

Die entscheidende Schlußabstimmung über das Gesetz wurde gemäß einem Zentrumsantrag auf Sonnabend vertagt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, erfolgte diese Vertagung, **weil damit gerechnet wurde, daß die Opposition vor der Schlußabstimmung den Saal verlassen werde und damit die für die Annahme des Gesetzes erforderliche Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten nicht gesichert gewesen wäre.**

Wie die Blätter zu dieser Abstimmung erfahren, hat der Reichspräsident den Gedanken der Auflösung des Reichstags erwogen und **die Auflösungsurkunde dem Reichskanzler in die Hand gegeben.** Der Reichskanzler hat sich jedoch nach Erwägung aller Umstände entschlossen, noch einmal in die Vertagung des Reichstags auf Sonnabend zu willigen, da gestern höchstens fünf oder sechs Stimmen an der erforderlichen Mehrheit fehlten. Sollten die fehlenden Stimmen bis morgen nicht aufgebracht werden können, würde der Reichskanzler alsdann vor dem letzten Mittel der Reichstagsauflösung nicht zurückschrecken.

Nach Beendigung der gestrigen Reichstagssitzung beschäftigte man sich in parlamentarischen Kreisen vor allem mit der Abschätzung der Möglichkeit, am Sonnabend ein ausreichend besetztes Haus zusammenzubekommen. **Und auch im Fall eines Verbleibens der Deutschnationalen von der Abstimmung das Ermächtigungsgesetz durchzubringen.** Es stellte sich heraus, daß etwa 40 Abgeordnete im Hause anwesend waren, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Es wurde festgestellt, daß sich eine größere Anzahl Sozialdemokraten von der Abstimmung ferngehalten hat. Mit dieser Tatsache beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die noch gestern abend zu einer Sitzung zusammentrat, und kam, laut „Vorwärts", nach längerer Debatte zu folgendem Beschlusse: **Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung unauffällig fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt ist. Ueber die Art der Anwendung dieses allgemeingehaltenen Beschlusses auf den gegebenen Fall soll in einer neuen Fraktionssitzung am Sonnabend vor der entscheidenden Abstimmung gesprochen werden.** Ein Mitglied der Fraktion, Abgeordneter Wilh. Hoffmann (Schmargendorf), **der gegen die Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen und Kommunisten gestimmt hatte, wurde mit großer Mehrheit aus der Fraktion ausgeschlossen.**

Nachstehend lassen wir den Reichstagsbericht vom Donnerstag folgen:

Deutscher Reichstag.

Das Ermächtigungsgesetz in dritter Lesung gegen Wulle, Hergt, Ledebour und Koenen angenommen.

Berlin, 6. Dezember. (Sozialpar.-Dienst.)

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Reichsminister des Innern die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Graefe (Völk.) und der kommunistischen Abgeordneten Koenen, Remmele und Frau Zetkin wegen Hochverrats nachgesucht hat.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird über den kommunistischen Mißtrauensantrag abgestimmt, der gegen die Kommunisten, die Deutschvölkischen und die Ledebourgruppe, im ganzen gegen 11 Stimmen, abgelehnt wird. Dann folgt die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

Abg. Wulle (Völk.): In Deutschland wird alles reicher, was rafft, und alles ärmer, was schafft. Das erste Ermächtigungsgesetz war ein Schutzgesetz für den jüdischen Bankkapitalismus. Dieselbe Absicht ist mit dem jetzt vorgeschlagenen verbunden.

Abg. Fehr (Bayr. Bauernbd.): Der Bayerische Bauernbund wird dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung versagen, weil wir befürchten, daß die unter diesem Gesetz ergehenden steuerlichen Maßnahmen die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes nicht genügend berücksichtigen werden.

Abg. Ledebour (USP.): Das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner ist skandalös. Er ist von seinen Parteigenossen sofort zu erledigen gewesen.

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Herr Wulle macht für den Beamtenabbau die November-Revolution verantwortlich. Das ist eine frivole Verkehrung der Verhältnisse. Hier und da will er allerdings Beamte abbauen wissen, nur nicht solche, die zu seiner Partei gehören. Die Rede des Herrn Wulle war nichts als eine demagogische Wahlrede. Der ersten, die immer die Diäten abheben, sind die Herren von der Deutschvölkischen Partei. Herr Ledebour ist über den Fall Zeigner nicht ganz im Bilde. Die sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtags hat Zeigner nicht aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, weil ein Verdacht gegen ihn vorlag, sondern sie hat ihn aufgefordert, sich darüber zu äußern, und erst nachdem er das nicht getan hatte, ist verlangt worden, daß er sein Mandat zurückgibt. (Abg. Ledebour: Das verbessert die Sache gar nicht.) Was für ein Verfahren die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliedern gegenüber einschlägt, ist Sache der Partei; wir lehnen Anstandslehren des Herrn Ledebour ab. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Stoecker (Komm.): Es trennen uns vielleicht nur noch wenige Wochen von einer rheinisch-westfälischen Republik. Das Zentrum betreibt bewußt die Loslösung von Preußen. Und die sozialdemokratischen Führer sind — zweideutig wie immer — bereit, das mitzumachen. (Widerspruch b. d. So. Zurufe: Lügner!)

Abg. Sollmann (Soz.):

Die Sozialdemokratie hat sich weder zweideutig verhalten noch ihre Politik geändert. Sie behauptet **nach wie vor in ihrer Auffassung, daß das Rheinland deutsch bleibt** und die Verbindung mit Preußen nicht unter dem Druck fremder Mächte gelöst werden kann. Wir Rheinländer bleiben preußisch, wir bleiben deutsch. (Beifall.)

Ein deutschnationaler Antrag, daß sich die Ermächtigung nicht auf Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rentenbank erstreckt, erledigt sich durch eine zusagende Erklärung des Reichsfinanzministers. Ein kommunistischer Antrag, den im Ermächtigungsgesetz vorgesehenen Ausschuß von 15 auf 21 Mitglieder zu erhöhen, wird abgelehnt. — Die dann folgenden Abstimmungen über § 1 und § 2 des Ermächtigungsgesetzes sind namentlich. Bei § 1 werden 262 Karten abgegeben; 262 lauten auf Ja, 79 auf Nein, außerdem eine Stimmenthaltung. Bei § 2 lauten 278 Stimmen auf Ja, 81 auf Nein. Beide Paragraphen sind angenommen. **Dagegen haben gestimmt: Deutschnationale, Deutschvölkische, Bayr. Bauernbund, Kommunisten und Unabhängige.** — Ueber einen Antrag der Regierungsparteien, die Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz auf Sonnabend zu vertagen, entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Gegen die Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten wird Vertagung beschlossen. Nachdem noch ein Antrag Loebe, daß der parlamentarische Ueberwachungsausschuß **auch nach einer Reichstagsauflösung weiterarbeiten soll, mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen** worden ist, vertagt sich das Haus auf Sonnabend 2 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

•

Keine Vertagung des Reichstages.

Berlin, 7. Dezember. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Reichskanzler verhandelte am Donnerstagvormittag abermals mit den Parteiführern über die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Im Aeltestenausschuß beantragte die Regierung später die Vertagung des Reichstags und seiner Ausschüsse bis zum 31. Januar, sobald das Ermächtigungsgesetz verabschiedet sei. Das hätte **praktisch die Außerkraftsetzung des § 2 des Ermächtigungsgesetzes bedeutet.** Während die sozialdemokratische Fraktion sich mit diesem Verlangen beschäftigte, **zog die Regierung den im Aeltestenausschuß gestellten Antrag zurück, indem sie gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gab,** daß die Reichstagsfraktionen ohnedem eine Einberufung des Reichstags im Verlauf des Januar nicht beantragen würden.

Diese Hoffnung wird höchstwahrscheinlich zuschanden werden.

Die Erwerbslosen-Fürsorge im besetzten Gebiet.

Einstellung ab Mitte Dezember.

Für eine gewisse Uebergangszeit, ungefähr von Mitte Dezember an, werden für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiete keine Mittel zur Verfügung stehen. Die Verordnung, wonach die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Zukunft aufgebracht werden sollen, ist im besetzten Gebiet bisher nicht durchgeführt. Anderseits sind die von der Reichsregierung für das besetzte Gebiet zur Verfügung gestellten Verträge aufgebraucht. **Die preußische Regierung hat nunmehr bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, für diese Uebergangszeit besondere Mittel für das besetzte Gebiet dadurch zu beschaffen, daß im unbesetzten Gebiet zugunsten des besetzten eine besondere Steuer erhoben werden soll.**

•

Daß die Einstellung der Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiete zu den katastrophalsten Folgen führen muß, ist ja hinreichend bekannt. Schon jetzt mehren sich angesichts der täglich zunehmenden Arbeitslosigkeit die Hungerrevolten in erschreckenden Maße. Die Reichsregierung wird sich darum in Zukunft nicht auf den doppelten Boden des Verbleibens des Ruhrgebietes bei Deutschland und der sozialen Rechtlosmachung seiner verhungernden Bevölkerung stellen können. Darum begrüßen wir den Antrag der preußischen Regierung.

Erste Ergebnisse vom englischen Wahlkampf.

London, 7. Dezember. (WTB.)

Nach den um 1/11 Uhr nachts vorliegenden Wahlergebnissen wurden gewählt: 88 Konservative, 15 Liberale und 6 Mitglieder der Arbeiterpartei. Es gewannen die Konservativen keinen, die Liberalen 4, die Arbeiterpartei 1 Sitz; die Konservativen verloren drei, die Liberalen und die Arbeiterpartei keinen Sitz. Der Arbeitsminister Barnes wurde durch seinen Wahlgegner von der Arbeiterpartei geschlagen. Churchill durch seinen Gegner von der Arbeiterpartei in Leicester.

•

Diese ersten Ergebnisse lassen natürlich keine Schlußfolgerungen über den Ausgang der Wahlen zu.

„Einheitliche Struktur."

In Leipzig fand am Mittwoch eine Mitgliederversammlung der USPD. statt, in der der Referent Saupe in seinem Bericht vom sozialdemokratischen Landesparteitag ein offenes Bekenntnis zur Schaffung einer organisierten Opposition in der Partei, also für die Bildung einer Partei in der Partei ablegte. Man will scheinbar das Experiment, das die Kommunisten vor dem Hallischen Parteitag in der USPD. machten, jetzt an der Sozialdemokratie wiederholen. Diese Auffassung von der organisierten Opposition gewann auch der ehemals zur USPD. gehörige Genosse Seger von den Ausführungen Saupes, der an der in Frage kommenden Stelle nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" das Folgende ausführte:

Das wichtigste Ergebnis des Parteitags sei, daß eine einheitliche Struktur der ganzen Opposition herbeigeführt worden ist (!), die zweifellos auch im Reich herbeigeführt werden muß. (!) Der Parteitag habe deshalb eine erhebliche Bedeutung für die Reichspolitik und die **Festigung der Oppositionsbewegung.** (!) Darum können wir mit ihm zufrieden sein. (Beifall.)

Eine Debatte über das parteischädigende Moment, das in der Bildung eines Sprengkörpers innerhalb der Sozialdemokratischen Partei liegt, können wir unterlassen, da unsere positive Stellung zu dem betreffenden Beschluß des Parteiausschusses bekannt ist. Dagegen wollen wir in großen Zügen die Ausführungen wiedergeben, die von drei nach Saupe folgenden Diskussionsrednern, den Genossen Lipinski, Seger und Schilling, nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" zur Frage der sächsischen Politik der USPD. wie zur Haltung der organisierten Opposition gemacht worden sind. Lipinski führte u. a. aus:

Ein Parteitag muß danach gewertet werden, ob er für die Entwicklung der sozialdemokratischen Politik und für die Stärkung der Organisation Nützliches geleistet hat. In der entscheidenden Frage, die wir in Sachsen zu lösen haben, hat der sächsische Parteitag versagt. Der Landesarbeitsausschuß hat meine Anregung, der Landesversammlung eine Lösung vorzuschlagen, abgelehnt. Das hat aber oppositionelle Mitglieder des Arbeitsausschusses nicht abgehalten, dann als erste doch eine Entschließung einzubringen. Entsprechend meiner Ueberzeugung habe ich gegen einige Sätze der Resolution über die Landespolitik gestimmt. Der gefaßte Beschluß bedeutet, daß das Regieren mit wechselnden Mehrheiten zum Prinzip gemacht worden ist. Die Kommunisten haben im März die sozialistische Regierung gestürzt, weil sie eine Politik auf dieser Grundlage nicht mitmachen wollten. Jetzt ist das Kabinett Fellisch mit Hilfe der Demokraten gebildet worden. Bekanntlich erstreben die Demokraten die Große Koalition. Deshalb dürfte man ihnen keinen Vorwurf geben, ihre Unterstützung der jetzigen Minderheitsregierung zurückzuziehen. **Der Dresdener Beschluß wird aber die Wirkung haben, daß das Kabinett Fellisch bei der nächsten passenden Gelegenheit gestürzt wird.** Auf Neuwahlen dürfen wir keine allzu großen Hoffnungen setzen. Unsere Politik in Sachsen ist nicht immer geradlinig gewesen; **unsere Partei ist den Kommunisten viel zu weit entgegengekommen. Die Wirkungen werden sich bei den Wahlen zeigen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dann die Arbeitermehrheit verschwindet. Dann aber ist alles während der letzten fünf Jahre in Sachsen Erreichte in Frage gestellt, und in Sachsen haben wir mehr erreicht als sonst in einem anderen deutschen Lande.** Unsere Politik muß so eingestellt sein, daß wir die Positionen der Arbeiterklasse erhalten und ausbauen können. Wenn die Kommunisten versagen, müssen wir auf der anderen Seite Unterstützung suchen. **Mit der Annahme der Resolution zur Landespolitik ist dem Kabinett Fellisch, dessen Bildung „Verrat" sein sollte, ein verstecktes Vertrauensvotum ausgestellt worden.** Man mußte zu dieser Entscheidung kommen, weil eine andere Lösung in der gegebenen Situation gar nicht möglich war. Im übrigen ist aber der Beschluß unglücklich, **weil er die Wirkung haben wird, daß die Partei in einer für sie ungünstigen Situation vor die Wähler treten muß.**

Genosse Seger: **Bisher betrachtete man als Aufgabe der Parteitage, die Waffen zu schmieden zum Kampf gegen die Feinde des Proletariats, nicht aber gegen die eigenen Parteigenossen. Nach meiner Auffassung hat der Dresdener Parteitag seine Aufgabe nicht so gelöst, wie es das Interesse der Partei und der Arbeiterschaft erforderte. Man hatte oft den Eindruck, daß man als Hauptaufgabe betrachtete, Opposition zu machen, mitunter nur um der Opposition selbst willen.** Die Reden mancher maßgebender Vorkämpfer ließen oft die erforderliche politische Erfahrung vermissen. **Wir müssen unsere Politik in Sachsen so einstellen, daß die Sozialdemokratie in Sachsen unbedingt die Leitung der Staatsgeschäfte in der Hand behält.** Auf der Landesversammlung müßte der Boden für eine solche Politik geschaffen werden. **Dann durfte man aber nicht einen Beschluß fassen, der dazu führen muß, daß uns die notwendige Stütze der Demokraten entzogen wird. Mit dem Beschluß hat sich unsere Partei den Kommunisten verschrieben, so daß diese uns ganz in der Hand haben.** Mit einer solchen Politik erreicht man das Gegenteil von dem, was man erreichen will. Ich habe deshalb gegen den Teil des Antrags gestimmt, mit dessen Annahme die Partei den Kommunisten nachläuft. **Ebenso habe ich dagegen gestimmt, daß der Landesparteitag der Mehrheit der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand das Vertrauen abspricht, weil dazu die Landesversammlung nicht kompetent ist.** Mit derartigen verkehrten Beschlüssen liefert man jenen Körperschaften nur Waffen gegen die Opposition.

Der Redner wandte sich dann dagegen, daß der Referent zwei Klassen von Parteigenossen schaffen wolle, und bezeichnete die Entscheidung als verhängnisvoll, mit der man die Landtagsfraktion auf ihrem eigenen Tätigkeitsgebiet ausschalte. Dann beschäftigte er sich eingehend mit unserer Stellung zu den Kommunisten und führte aus: **Die Sozialdemokratie befindet sich jetzt in einer ähnlichen Situation wie die USPD. vor dem Hallischen Parteitag. Es droht eine neue Zerreißung der Partei. Eine neue Spaltung aber wäre das schlimmste, was der Arbeiterbewegung passieren könnte.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231207-10/fragment/page=0001

Gegenüber den Kommunisten haben viele Genossen eine falsche Einstellung. Gewiß sind die kommunistischen Arbeiter unsere Klassengenossen. Aber Taktik und Ziele der Kommunistischen Partei sind von den unsrigen grundsätzlich so verschieden, daß von einem dauernden Zusammenarbeiten oder gar einer Vereinigung mit der KPD., wie sie zwischen SPD. und USPD. stattgefunden hat, gar keine Rede sein kann. Daß die Kommunisten unsere Partei zertrümmern wollen, ist von ihrem Parteistandpunkt aus durchaus erklärlich. Daß es aber in unseren Reihen Genossen gibt, deren Tätigkeit infolge verhängnisvoller politischer Kurzsichtigkeit auf dasselbe hinausläuft, ist unentschuldbar. Diese Genossen handeln frivol an der Partei.

Genosse Schilling bedauert, daß sich immer wieder zeigt, daß man in der Arbeiterbewegung die Meinung der andern nicht hören könne. Der größte Fehler ist, daß man immer die Kraft und die Macht der Arbeiterschaft falsch einschätzt. Man vergißt zu oft, daß das Proletariat nicht allein ist und daß nicht alle Arbeiter Sozialdemokraten sind. Gute Verordnungen der sächsischen Regierung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens mußten auf dem Papiere stehen bleiben, weil die parlamentarische Mehrheit und die sozialistische Regierung allein nicht ausreichten, um sie in der Praxis durchzuführen. Es kam damit zum Ausdruck, daß wir tatsächlich eine Diktatur des Kapitals haben. Aus diesen Tatsachen müssen wir die notwendigen Schlüsse ziehen und daraus muß sich auch unsere Einstellung zur Koalitionspolitik ergeben. Es ist auch falsch, die Bürgerlichen nur als die eine reaktionäre Masse anzusehen. Kühl müssen wir die Tatsachen und die realen Machtverhältnisse in der Gesellschaft in Betracht ziehen. Und da wir allein die Macht nicht haben, müssen wir sie mit der bürgerlichen Linken teilen. Im März, als der Parteitag der KPD. den Sturz der sächsischen sozialistischen Regierung mit Jubel begrüßte, erschien vielen Genossen die Koalition mit den Demokraten als das Gegebene. Leider ist vielen diese Erkenntnis rasch wieder verloren gegangen. Selbst Genosse Uebmann hat in Dresden zugegeben, daß jetzt, da die Kommunisten zum bewaffneten Aufstand rüsten, ein Zusammenarbeiten mit ihnen ausgeschlossen sei. Diese Auffassung wird auf Grund der Erfahrungen von vielen anderen führenden Genossen geteilt. Tatsächlich ist heute ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten ein Ding der Unmöglichkeit. Wir wollen und müssen die Arbeiterschaft einigen. Dazu kommen wir aber nicht, wenn wir den Kommunisten nachlaufen. Wir kommen rascher zum Ziel, wenn wir die KPD. isolieren. Wer die proletarische Einheitsfront will, muß gerade dahin wirken, daß die kommunistischen Parolen an einer sozialistisch geschulten Arbeiterschaft abprallen. Das hätte auch der Landesparteitag zum Ausdruck bringen müssen. Er ist aber der Entscheidung ausgewichen, sowohl in dieser Frage, wie in der Frage der Koalitionspolitik.

Der fortgeschrittenen Zeit wegen wurde hierauf die Debatte abgebrochen und die Versammlung vertagt.

Die amerikanischen Kredite und der französische Widerspruch.

Frankreich wahrscheinlich gegen das Recht der Priorität für die amerikanischen Kreditgeber.

Bekanntlich besteht in amerikanischen Packer- und Farmerkreisen Neigung, Deutschland einen Nahrungsmittelkredit von 30 bis 35, eventuell 70 Millionen Dollar zu gewähren. Allerdings darf nicht mit einer schnellen Durchführung dieses Planes gerechnet werden, da die amerikanischen Unterhändler erst am Mittwoch Berlin verlassen haben. Entscheidend ist außerdem die Stellungnahme der Reparationskommission. Die Amerikaner verlangen für ihre Darlehen Sicherheiten vor den Forderungen aus dem Versailler Vertrag (Prioritäten), die nur mit Genehmigung der Reparationskommission stattfindet sind. Die deutsche Regierung trägt sich mit der Absicht, die Zustimmung dieser Kommission einzuholen.

Dazu wird aus Paris gedrahtet:

Die bevorstehende Erörterung der amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland in der Reparationskommission wird in hiesigen unterrichteten Kreisen lebhaft besprochen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Frage zu neuen heftigen Auseinandersetzungen im Hotel „Astoria" Anlaß gibt. England wird aller Voraussicht nach für die Genehmigung der Anleihe unter Bewilligung des von Amerika geforderten Rechtes der absoluten Priorität vor allen anderen Verpflichtungen Deutschlands eintreten, daß Italien dem englischen Standpunkt beitreten wird. Ueber die voraussichtliche Haltung Belgiens ist noch nichts bekannt. Frankreich wird, so nimmt man hier an, das Prioritätsrecht für die Lebensmittelkredite bekämpfen.

In der französischen Presse wird die Frage einstweilen nur wenig kommentiert. Der „Matin" bemerkt, es sei schwer, anzunehmen, daß die Reparationskommission das Prioritätsrecht bewilligen werde.

Vertinax führt im „Echo de Paris" aus, zum richtigen Verständnis des Problems müsse man beachten, daß durch die Lieferungen an Deutschland eine Krisis auf dem amerikanischen Fleischmarkte beseitigt werden solle. Die ganze „Hilfsaktion" sei für Amerika in jeder Hinsicht ein gutes Geschäft, vorausgesetzt, daß die Kosten der Reparationskasse aufgebürdet werden können. Ein Entgegenkommen der Verbündeten in diesem Falle sei aber um so weniger angebracht, als in den amerikanischen Banken große deutsche Guthaben ruhen, so daß die Rückzahlung der Lebensmittelanleihe dadurch leicht garantiert werden könne.

Der „Petit Bleu" hat einige französische Parlamentarier um Aeußerungen über die Frage gebeten. Der rechtsrepublikanische Abgeordnete Gallois erklärte, nach seiner Ansicht sei die Bewilligung des Prioritätsrechtes ausgeschlossen. Die Verbündeten müssen an dem Grundsatz festhalten, daß wenigstens ein Teil jeder deutschen Auslandsanleihe zu Reparationszwecken zu verwenden ist. Man könne dann in jedem einzelnen Falle bestimmen, in welchem Umfange die Verbündeten von ihrem Rechte Gebrauch machen wollen. Der radikale Abgeordnete Saget äußerte, es werde Frankreich kaum möglich sein, das Prioritätsrecht für eine amerikanische Lebensmittelanleihe zugunsten Deutschlands abzulehnen, selbst wenn die Bekämpfung der Hungersnot nur vorgeschützt sei. Die öffentliche Meinung der Welt würde Frankreichs ablehnende Haltung verurteilen. Sie würde unrecht haben, aber Frankreich täte unrecht, sie nicht zu berücksichtigen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 7. Dezember. (WTB.)

Nach einer Verlautbarung über den Stand des Wiederaufbaues in dem zerstörten Gebiet sind von 22 900 vom Feinde zerstörten und beschädigten Fabriken 20 000 wiederhergestellt. Ferner sind 2 912 000 Hektar zerstörten Bodens wiedergegebaut, das heißt 88 Prozent der zerstörten landwirtschaftlichen Fläche. Schließlich seien 598 000 Häuser wiederhergestellt. Allerdings seien 145 000 Häuser noch aufzubauen, aber schon jetzt besitze das Gebiet wieder seine normale Bevölkerung.

Gefährliche kommunistische Dummheiten. Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen mehrere Sprenglager der Kommunistischen Partei beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit gelangte sie in den Besitz von Material, aus dem sich ergab, daß das Sprengpulver zur Fertigstellung von Handgranaten und Bomben Verwendung finden sollte. Die auf Grund dessen fortgesetzten Untersuchungen führten zur Verhaftung mehrerer kommunistischer Arbeiter in den Betrieben der AEG., Berlin, Huttenstraße. Diese Arbeiter fertigten ohne Wissen der Direktion Handgranaten und Sprengbomben an. Verhaftungen in anderen Betrieben stehen aus dem gleichen Grunde bevor.

Wirtschaftspolitik.

Amtlicher Dollarmittelkurs: 4,2 Billionen

Wie schon an den letzten beiden Donnerstagen, so fand auch gestern wieder eine amtliche Notierung der deutschen festverzinslichen Werte an der Berliner Börse statt. — Der Geldmarkt zeigte nach der vorgestrigen mäßigen Anspannung wieder ein leichteres Aussehen, und zwar war tägliches Geld zu ca. 2 Prozent, aber auch schon etwas billiger zu haben. Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen waren zunächst gesucht, späterhin wurde Goldanleihe angeboten. Sie wurde amtlich mit 4,2 Billionen M. G. notiert bei ca. 50 Prozent Zuteilung. Dollarschatzanweisungen stellten sich amtlich auf — G. Am Devisenmarkt waren Neuyork und London unverändert bei wieder 3 Prozent Repartierung.

Für festverzinsliche deutsche Wertpapiere wurden heute wieder amtliche Kurse festgesetzt. Das Geschäft war jedoch nur sehr klein, die Kursentwicklung war eher rückgängig. Für die Mehrzahl der Papiere konnte auch heute wieder keine Notiz zustande kommen. Lediglich einige Stadtanleihen und Industrieobligationen waren stärker begehrt. — K.-Schätze konnten heute nicht notiert werden.

*

An der gestrigen Neuyorker Nach- und Schlußbörse wurde der Dollar mit 4345 Milliarden notiert.

Die ersten Rentenmark-Kredite.

Berlin, 7. Dezember. (Sonderdrahtbericht.)

Wie die V. J. hört, sind die Beratungen zwischen Reichsbank und Rentenbank wegen der Gewährung von Rentenmark-Krediten an die Wirtschaft nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Kredite werden auf der Basis von 10 Prozent pro Jahr gegeben werden. Davon sollen der Rentenbank drei und der Reichsbank sieben Zehntel zufallen. In Berlin dürften die ersten Kredite heute schon abgeschlossen werden. In der Provinz wird das voraussichtlich aber erst anfangs nächster Woche der Fall sein. Die Rentenmark-Kredite sind wertbeständig und auf den englischen Pfundkurs gestellt. Im übrigen sind für die Kredite die im Reichsbankgesetz festgesetzten Bedingungen für den Lombardverkehr des Instituts maßgebend. Es ist aber ein engerer Rahmen als für die Beleihungstätigkeit der Reichsdarlehenskassen gezogen.

Syndikatspolitik der Firma Stinnes.

Die Verhandlungen zwischen den rheinisch-westfälischen Großindustriellen haben die Verlängerung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats über den Winter 1925 hinaus ergeben; jedoch wird die Struktur des Kohlensyndikats eine wesentliche Veränderung erfahren. Bekanntlich wandten sich die großen Konzerne, wie der Klöckner- und Stinnes-Konzern gegen die Weiterexistenz des Kohlensyndikats, weil es in seiner bisherigen Form ihren Expansionsgelüsten entgegenstand. Dieses Hindernis scheint in den Verhandlungen durch eine neue Form, die das Syndikat in Zukunft erhält, beseitigt worden zu sein. Die Quotenverteilung der zu liefernden Kohlen wird zum Teil auf die einzelnen Hauptbeteiligten des Syndikats übertragen. Diese bilden innerhalb des Syndikats Gruppen oder Blocks und sind im Syndikat zusammen wieder Syndikate. Dadurch wird ein schwerer Druck auf die kleinen selbständigen Zechen ausgeübt, die unter dem Ruhrprovisorium am allermeisten leiden. Aller Voraussicht nach wird diesen Zechen nichts anderes übrig bleiben, als sich irgendeinem großen Block oder einer Gruppe anzuschließen, so daß der neue Syndikatsvertrag nichts anderes ist als der Hebel zu einer weiteren Zusammenballung in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie. Das Reich, das bekanntlich im November ein Kartell- und Trustgesetz erlassen hat, kann infolge der Verhältnisse im Rhein- und Ruhrgebiet keinen Finger gegen die beabsichtigte Expropriation rühren.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf um die Arbeitszeit im Bergbau.

Vorstoß des Unternehmertums auf der ganzen Linie.

Am Mittwoch und am Donnerstag verhandelten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen im Reichsarbeitsministerium über ein Ueberschichtenzeitabkommen für den Steinkohlenbergbau im unbesetzten Gebiet. Die Arbeitnehmer waren durch die Organisation der Bergarbeiter, der Maschinisten und Heizer und der Metallarbeiter vertreten. Von den Arbeitgebern wurde täglich eine Stunde Ueberarbeit gefordert. Sie erklärten gleichzeitig, im Falle einer Einigung die erfolgten Kündigungen der Tarifverträge zurückzunehmen. Da über einzelne Streitpunkte keine Einigung erzielt werden konnte, trat am Donnerstagabend ein Schiedsgericht zusammen, das bis Freitag eine Klärung herbeiführen soll. Am Freitag beginnen die Verhandlungen über ein Ueberschichtenabkommen im Braunkohlenbergbau. — Nach einer WTB.-Meldung lehnten die Gewerkschaften aber die Beteiligung an diesem ab, so daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten.

Breslau, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die geplante Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau veranlaßt auch die oberschlesischen Gruben zu einem ähnlichen Vorstoß. Von den oberschlesischen Gruben heren wird eine zehnstündige Arbeit über Tage und eine achtstündige Arbeit unter Tage verlangt. Sie rechnen von vornherein nicht mit der Zustimmung der Gewerkschaften, sondern kündigen bereits an, diese Forderung auch gegen den Widerstand der Arbeiter durchführen zu wollen. Schon in den Verhandlungen der letzten Zeit sind die oberschlesischen Unternehmer des Bergbaues wohl bei Lohn- wie bei sonstigen Arbeiterfragen so engherzig wie nur möglich gewesen, weil sie offenbar damit rechnen, daß die Arbeiterschaft zurzeit einen längeren Streik nicht durchführen könne.

Das Ringen um den Gotlohn.

Was die Reichsregierung den Beamten zu bieten wagt.

Die Regierung bemüht sich, die Lohnpolitik der privaten Unternehmer, den Gotlohn so tief wie möglich unter den Friedensstand zu drücken, auch auf ihre Beamtenschaft anzuwenden. So hat sie z. B. für Gruppe I 570 bis 772 Mk., für Gruppe III 896 bis 960 Mk., für Gruppe V 1042 bis 1254 Mk., für Gruppe VI 1122 bis 1194 Mk., für Gruppe VII 1880 bis 1860 Mk. und für Gruppe VIII 1620 bis 2360 Mk. vorgeschlagen. Wie bei den Arbeitern sind aber auch bei den Beamten vor dem Kriege erheblich höhere Löhne gezahlt worden. Gruppe I bezog an Vorkriegsgehältern 1100 bis 1300 Mk., Gruppe III 1100 bis 1700 Mk., Gruppe V 1200 bis 2700 Mark, Gruppe VI 1400 bis 4000 Mk., Gruppe VII 1800 bis 4200 Mark und Gruppe VIII 1800 bis 5000 Mk. Die Besoldungsordnung von 1908 sah für Gruppe I (Schrankenwärter) 1100 bis 1800 Mark und für Gruppe III (Schaffner) 1100 bis [illegible] Mk. vor. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beamtengehälter besonders vor dem Kriege immer hinter der tatsächlichen Teuerung zurückblieben und kaum zum Unterhalt reichten. Diese Sachlage hätte die Regierung veranlassen sollen, die neuen Gotlöhne dem Niveau von 1914 anzupassen. Gefordert wurde von den Beamten für Gruppe I 896 bis 1882 Mk., für Gruppe III 1200 bis 1596 Mk., für Gruppe V 1524 bis 2028 Mk., für Gruppe VI 1716 bis 2292 Mark und für Gruppe VII 1966 bis 2616 Mk. Da die Preise gegenüber dem Frieden sich heute teilweise noch immer auf einer doppelten bis dreifachen Höhe halten, können die Forderungen der Beamten nur als angemessen, wenn nicht als bescheiden bezeichnet werden. Sie dürften kaum einen Ausgleich mit der bestehenden Teuerung herbeiführen. Gerade diesem Argument muß eine Regierung Rechnung tragen, die Staat und Finanzen wieder aufbauen will und dazu eine Beamtenschaft nötig hat, die mit Lust und Liebe mitarbeitet. Von einer unzufriedenen und hungernden Beamtenschaft kann man das nicht verlangen!

Am Donnerstagnachmittag begannen im Finanzministerium die Verhandlungen zwischen Regierung und Spitzenorganisationen über die Feststellung der Gotlöhne. Spät abends waren die Verhandlungen noch nicht beendet.

Die Gotgehälter bei hallischen Angestellten. Zum Angestelltentarif teilt uns der AfA-Bund mit: Der Schlichtungsausschuß Halle fällte am Donnerstagnachmittag nachstehenden Schiedsspruch: 1. Für die erste Dezemberhälfte wird ein Gehaltszuge von 62,50 Gotlmark für den ledigen, 30jährigen Angestellten. B 2. Industrie I, festgesetzt. 2. Die Gehaltsbezüge aller anderen Gruppen, sowie Haustands- und Kinderzeld regeln sich gemäß den August-Grundgehältern nach dem auf Grund von Ziffer 1 zu berechnenden Divisor. 3. Der November gilt mit den Zahlungen nach dem zuletzt

Meerumschlungen.

19] Roman von K. von der Eider.

Detlef Gröhns feines Gesicht erglühte. Er sank im Uebermaß seiner Gefühle vor ihr auf die Knie und barg sein Antlitz in ihrem Schoß, dann sprang er auf und reckte seine Gestalt und schüttelte sein dunkles Haar. Als er so vor ihr stand, leuchtete helle Begeisterung aus seinen Augen. „Thora" rief er. „Weib meines Herzens, du weißt nicht, wie gut deine Worte waren! Du gibst mich dem Leben zurück; du rettest einen Verzweifelnden! Habe Dank, du hohes Weib! Du schenkst mir Kraft und Mut, mich frei zu machen von Zwang und Zweifel."

Thora saß wie erstarrt. Hatte sie recht oder unrecht gesprochen? „Ja, du hast recht," fuhr der junge Pastor fort, „das Gedicht ist von mir, und ich habe noch vieles mehr gedichtet. Nun will ich dir noch eins verraten: ich habe mehrere Gedichte an die Abendhoer Nachrichten geschickt, welches ja die gelesenste Zeitung hierzulande ist, und sie hat die Gedichte mit Anerkennung aufgenommen. Aber das ist mir nicht genug! Ich werde ein ganzes Buch plattdeutscher Gedichte verfassen und werde sie drucken lassen. Ich hoffe, was dem Pastor nicht gelang, dem Dichter wird's gelingen, die Herzen der Menschen zu gewinnen. Meine ganze Seele lege ich in dieses Buch hinein! Ja, ein echter Volkspoet will ich werden; nicht um Geld und Gut, sondern um Herzen will ich werben. „Meerumschlungen" soll das Buch heißen; mein ganzes meerumschlungenes Vaterland will ich gewinnen, und wenn der Dichter Gröhn erstanden ist, dann wird es keinen Pastor Gröhn mehr geben."

Sie legte ihre kühle, weiße Hand auf seinen Arm und nötigte ihn mit sanfter Gewalt neben sich auf das Bänkchen. Sie strich ihm die dunklen Haare aus der Stirn und zwang mit zärtlichem Blicke seine glühenden Augen, sie anzusehen. „Detlef," sagte sie, „erst in dieser Stunde wird es mir klar, wie du deine Heimat und deine Muttersprache liebst. Geliebter, warum heiratetest du nicht ein Weib, das dich verstand, das mit dir in der trauten Heimatsprache plaudern konnte?"

Thora, Törin, ich liebte dich doch. Was fragt die Liebe nach Heimat und Sprache! Unsere Herzen stimmten zusammen, das genügte. Und weißt du auch, warum ich dich lieben mußte? Warum ich gar nicht anders konnte? Nicht wegen deines goldigen Haares und deiner wunderbaren Augen, sondern deiner großen Herzensgüte halber. Von jeher war die Güte mir der schönste Inbegriff des Schönsten, Höchsten, Edelsten, ja, ich möchte sagen, der Inbegriff der Religion. Bei dir leuchtete die Güte aus den Augen, offenbarte sich in deinem ganzen Wesen. Ich kam ja oft in euer Haus zu jener Zeit, da dein Bruder Rolf, mein liebster Freund, vor seinem Tode schwer krank daniederlag. Die Freundschaft, das Mitleid trieben mich in euer Haus, die Güte hielt mich dorin fest. Ich hatte in jener Zeit oft Gelegenheit, dich bei deinen häuslichen Arbeiten zu beobachten, und ich beobachtete dich scharf, ob du dir treu bliebst, ob mich einmal eine Kleinigkeit dazwischen käme, die mir dein Wesen von einer anderen Seite zeigen würde. Eines Tages gewahrte ich, wie du beim Staubwischen ein winziges Tierchen — es war eine Spinne oder ein Käferchen — auf ein Stückchen Papier schobst und es behutsam durchs Fenster ins Freie beförderteest. Du glaubtest dich unbeachtet, ich aber sah es, und es rührte mich unendlich. Jeder andere hätte das Tierchen zertreten, hätte es vielleicht ganz und gar übersehen. So wurde ich aufmerksam auf deine feine, schöne Seele. Von der Stunde an wußte ich, daß du zu mir gehörtest. Diese Kleinigkeit war der Funke, der die Liebesflammen in mir entzündete. Glaube mir, Kind, eine Frau vom Lande, eine Plattdeutsche, hätte ich nie heiraten können, auch wenn ich dich nicht kennengelernt hätte. Du kennst ja die Menschen hier, die meine Muttersprache reden; glaubst du wohl, daß eine von diesen mich hätte glücklich machen können?"

Thora antwortete mit einem leisen, sinnenden Neigen ihres Kopfes. Zärtlich erwiderte sie den Druck seiner Hand. „Es ist doch merkwürdig," meinte sie, „daß diese harten, kalten Menschen eine so weiche, warme Sprache haben."

„Ja, das ist wieder einer von den vielen Gegensätzen in der menschlichen Natur," entgegnete er.

„Liebster," fuhr Thora fort, „ich habe es längst gemerkt, daß dir etwas fehlt. Es ist so eine Art Heimatsnauber, der auf dir lastet. Heimweh nach dem Klange der Muttersprache. Versuche doch mal, mit den Leuten im Dorfe plattdeutsch zu sprechen, vielleicht bringt dich das ihnen näher."

Er schüttelte wehmütig den Kopf. „Ich habe es ja versucht. Schade, aber es geht nicht. Die Leute guckten mich an, als wollten sie sagen: Hat er denn plattdeutsch studiert? Sie haben es nicht einmal gern, wenn man mit ihren Kindern plattdeutsch spricht. Neulich war ich bei Tischler Reimers, um etwas wegen der Türen mit ihm zu besprechen. Ich treffe den Kleinsten vor der Tür und frage ihn, weil ich weiß, daß er es besser versteht, auf plattdeutsch nach seinem Vater. „He ist to Böhn (auf dem Boden)," antwortete mir der Junge. In dem Augenblick kommt auch schon die Frau Reimers mit rotem Kopfe zum Vorschein. Sie ärgerte sich, weil ich mit ihrem Jungen plattdeutsch sprach, und wollte mir nun zeigen, daß es nicht nötig sei. „Krischan," sagte sie zu dem Kleinen, „geh nau mal 'reuf zu Vater auf die Bühne und sag' man, der Herr Pastor möcht da sein und lauert auf ihn. Aehnlich erging es mir mit meinem alten Mamme Ohlsen. „Herr Pastor," sagte er gleich im Anfang, „nehmen Sie's nicht für unut, ich kann aber ganz gut hoch." Das ist eben die Eigenart der Leute hier. Zu Hause und mit ihresgleichen sprechen sie in der altgewohnten Muttersprache. Kommt aber der Herr Pastor oder der Schulmeister oder irgendein Fremder, so suchen sie ihr gebrochenes Hochdeutsch hervor und fühlen sich beleidigt, wenn man plattdeutsch mit ihnen spricht. Ich glaube, was sie leitet, ist der feine Instinkt der Volksseele, die nach Höherem strebt, die sich zu bilden sucht."

Nein, Hochmut ist es, Herzenskältel wollte Thora rufen, aber sie unterdrückte die Worte und schwieg.

Ganz still war es im Garten geworden; man hörte nur das Geflüster der Silberpappeln und das leise Gesumme der Mücken.

Von den Fennen her kamen die feinen weißen Nebelschleier gezogen.

„De Poß bruut," sagte Pastor Gröhn. „Wir wollen ins Haus gehen, sonst bekommst du das Marschrieber." Arm in Arm gingen sie durch das dichte Gebüsch in das Haus. Hinter ihnen schlugen die Zweige der Büsche zusammen.

Von dieser Stunde an begann für Detlef Gröhn ein neues Leben. Es war, als wäre der Sonnenschein durch ein offengebliebenes Fenster ins Pastorat gezogen. Der Pastor arbeitete mit Eifer und Fröhlichkeit an der Aufgabe, die er sich gestellt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231207-10/fragment/page=0002

herausgegebenen Multiplikator von 8 370 000mal August-Grundgehalt als abgeholten. Nach dem Schiedsspruch wäre heute zu zahlen: August-Grundgehalt: 400 000. Dies ist die Wochenzahlung für die Zeit vom 8. bis 9. Dezember.

Die Hilfsarbeiter der graphischen Berufe nahmen in einer Mitgliederversammlung Stellung zu dem Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe. Nach einem Bericht des Kollegen Bielig wurde nach längerer Aussprache folgende Entschließung gegen eine Stimme angenommen: „Die am 6. Dezember im Gewerkschaftshaus versammelte Hilfsarbeiterschaft nimmt von dem Ergebnis des am 27. November gefällten Schiedsspruchs Kenntnis und erhebt schärfsten Protest gegen den Bruch des auf Treu und Glauben abgeschlossenen Reichstarifs, welcher noch bis zum 31. Dezember 1923 Gültigkeit hat, sowie gegen die enorme Herabsetzung ihrer Löhne. Sie geloben, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um den Unternehmern eine geschlossene Masse entgegenzusetzen zur Erringung besserer Lohnbedingungen." G.

Auch aus München kann mal was Gutes kommen!

Die schwerindustrielle Telegraphen-Union meldet aus München „Der Schlichtungsausschuß München hat am Freitag einstimmig einen Schiedsspruch über feste Goldmarklöhne gefällt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß trotz gleichbleibenden Goldtarifes **die Grundpreise des Handels gegenüber den Friedenssätzen zum Teil um ein Vielfaches höher geworden sind.** Solange es nicht gelinge, hier eine Aenderung herbeizuführen, vielmehr trotz gleichbleibenden Goldmarktandes eine nicht unerhebliche Teuerung feststellen sei, **müsse bei den Lohnfestsetzungen von den geltenden Preisen ausgegangen werden. Es könne den Arbeitnehmern nicht zugemutet werden, mit den Sätzen des Friedens oder darunter vorlieb zu nehmen, während fast sämtliche Lebenshaltungskosten außerordentlich im Preise gestiegen sind".**

Beachtenswert dabei ist, daß der Schiedsspruch einstimmig, also auch mit den Stimmen der Arbeitgeber, gefällt worden ist. In Halle haben Arbeitgeber den traurigen Mut zu erklären, die Löhne müßten unbedingt unter dem Wert der jetzigen Papiermarklöhne liegen, also recht tief gehalten werden. Ob die Herren glauben, daß die Arbeitsleistung und die Arbeitsfreudigkeit gehoben werden, wenn die Arbeitnehmer vom Hunger entkräftet und von den Sorgen gepeinigt werden?

Streik der Gemeindearbeiter in Königsberg. Hier traten die Arbeiter der städtischen Werke infolge von Tarifstreitigkeiten in den Ausstand. Die elektrische Bahn verkehrt nicht, die Notstandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben werden verrichtet.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. Dezember 1923.

Die Unterstützung an Kurzarbeiter.

Ihr Gesamteinkommen nicht mehr als zwei Drittel des vollen Verdienstes.

Die ungeheure wirtschaftliche Krise hat dazu geführt, daß entsprechend einschlägigen gesetzlichen Vorschriften in sehr vielen gewerblichen Betrieben verkürzt gearbeitet wird. Schätzungsweise Feststellungen haben ergeben, daß in der Provinz Sachsen und Anhalt mindestens zwei Drittel der größeren gewerblichen Betriebe Feierschichten (ein bis fünf Tage in der Woche) eingelegt haben. Zur Milderung der sich hieraus ergebenden sozialen Härten sieht bekanntlich die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vor, daß an die Kurzarbeiter eine besondere Unterstützung gewährt wird. Die auf diesem Wege gezahlten Gelder haben eine ungeheure Summe erreicht. Sie reicht fast an die vorgezahlten Löhne heran. Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg hat durch mehrfache Rundschreiben die Fürsorge geregelt. Durch Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1923, die am gleichen Tage in Kraft trat, hat diese Fürsorge eine erhebliche Einschränkung erfahren. Sie will, daß der Kurzarbeiter einschließlich des Arbeitsverdienstes an Bezügen nicht mehr hat, als zwei Drittel des vollen Verdienstes bei voller Arbeit.

Die neue Anordnung bestimmt: Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und erzielen sie deswegen weniger als zwei Drittel ihres vollen Arbeitsverdienstes, so erhalten sie 40 v. H. des Unterschiedes zwischen ihrem Arbeitsverdienst und zwei Dritteln des vollen Verdienstes als Kurzarbeiterunterstützung. Diese Unterstützung vermehrt sich für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen um 10 v. H. dieses Unterschiedes, bis einschließlich des Arbeitsverdienstes zwei Drittel des vollen Verdienstes erreicht sind. Der § 6 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, der die allgemeinen Voraussetzungen für den Eintritt der Fürsorge enthält, findet sinngemäß Anwendung. Danach muß z. B. die Kurzarbeit eine Folge der wirtschaftlichen Krise sein. Der Kurzarbeiter muß sich in bedürftiger Lage befinden. Der Arbeitgeber hat auf Verlangen des Arbeitsnachweises die Kurzarbeiterunterstützung einzustellen, wenn die Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Der Kurzarbeiter muß auch arbeitsfähig, arbeitswillig und über 16 Jahre alt sein. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Erfordern des Arbeitsnachweises die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung selbst kostenlos zu besorgen. Nach Einreichung vorschriftsmäßig ausgefüllter Antragsformulare überweist der Arbeitsnachweis den Arbeitgebern die Unterstützungssumme. Damit wird der Arbeitsnachweis von umständlichen Berechnungen entlastet. In einem Schreiben vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt wird noch darauf hingewiesen, daß die Kurzarbeiterunterstützung im Einzelfall nicht höher sein darf als der Betrag, den der Kurzarbeiter bei voller Erwerbslosigkeit als Erwerbslosenunterstützung erhalten würde. Notstandsarbeiter erhalten keine Kurzarbeiterunterstützung.

Grundsätzlich sind auch die Kurzarbeiter verpflichtet, für die Unterstützung Pflichtarbeit für die Gemeinde zu leisten, wie die Vollerwerbslosen. Im Bezirk Sachsen-Anhalt ist jedoch hiervon so gut wie noch kein Gebrauch gemacht worden. Es werden sich die nötigen Einrichtungen hier erst aus der Entwicklung der Dinge ergeben.

Erwerbslosen-Demonstration.

Das Gerücht, am Donnerstag finde eine Stadtverordnetensitzung statt, lockte gestern nachmittag gegen 6 Uhr zahlreiche Erwerbslose auf den Markt. Nach und nach sammelte sich eine wesentlich größere Menge als am Montag. Neuer Zuzug erfolgte von der Unterstützungszahlstelle an der hinteren Seite des Leihamts her. Versicherungen Eingeweihter, daß eine Stadtverordnetensitzung nicht stattfinde und schon deshalb jede Demonstration fruchtlos sein müsse, blieben bei der Mehrheit der Versammelten ungehört. Der Aufforderung zum Verlassen des Platzes wurde nicht Folge geleistet, so daß die Polizei zur Räumung schritt. Während die Menge nach dem Süden abgedrängt wurde, erschien aus der Schmeerstraße berittene Polizei. Der Druck von zwei Seiten her störte die Auflösungsbewegung zunächst. Demnach war der Markt in etwa 20 Minuten geräumt.

Wo ein Beamtenabbau notwendig wäre.

Zu dem Artikel: „Wo ein Beamtenabbau notwendig wäre" in Nr. 279 des „Volksblatt" vom 29. November 1923 sendet uns der Betriebsrat der Universitäts-Kliniken und -institute folgende Erklärung:

Der Betriebsrat hat sich sofort, als ihm die in dem fraglichen Artikel der Oeffentlichkeit übergebenen Anschuldigungen bekannt wurden, in einer Sitzung am 8. Oktober 1923 damit beschäftigt, und, um die Ruhe des Betriebes nicht zu gefährden, die Entlassung der am stärksten kompromittierten Person gefordert. Der Kurator der Universität als Verwaltungsdirektor der Kliniken ist vom Betriebsrat über diese Vorgänge unterrichtet worden. Soweit dem Betriebsrat bekannt wurde, ist hier eine Voruntersuchung eingeleitet. Wieweit dieselbe gediehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis, da der Betriebsrat schon seit einigen Wochen ohne jede Nachricht ist.

Aerzte und Krankenkasse zum Streik.

Der Verband Hallischer Kassenärzte sendet uns zu den Streitfragen, welche den Aerztestreik auslösten, einen längeren Artikel, den wir Raummangels wegen indessen nur auszugsweise veröffentlichen können.

Seit dem 1. Dezember d. J. besteht im ganzen Deutschen Reich zwischen den Aerzten und der Mehrzahl der Krankenkassen der vertragslose Zustand, d. h. die Krankenkassenmitglieder werden nur noch als Privatpatienten behandelt, denen es überlassen bleibt, die gezahlten Honorarbeträge von ihren Krankenkassen zurückzufordern. Der von den Aerzten geführte Kampf richtet sich nicht eigentlich gegen die Krankenkassen, sondern gegen eine von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ohne Anhören des Reichstages erlassene „Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen".

Es ist merkwürdig, daß diese Verordnung, welche die finanzielle Lage der Krankenkassen sanieren soll, sich ausschließlich mit den Aerzten beschäftigt und an diesen sparen will, während gerade die Aerzte infolge ihrer völlig unzureichenden Bezahlung in entwertetem Geld es den Krankenkassen in den letzten Monaten überhaupt ermöglicht haben, weiter zu existieren.

Nach § 1 der Verordnung wird ein Arzt, der „eine nichterforderliche Behandlung" einleitet oder in der ärztlichen Behandlung das Maß überschreitet, das die Kasse nach der RVO. einem Kranken zu leisten verpflichtet ist, „vermahnt" und kann im Wiederholungsfalle ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vertragsbestimmungen fristlos gekündigt und bis zu 2 Jahren von der Kassenpraxis ausgeschlossen werden. Der Arzt kann zur Berufung an einen Uebertragungsausschuß einlegen, diese Berufung bewirkt aber keinen Aufschub. Der Kassenvorstand ist also Ankläger und Richter in einer Person.

Die „Richtlinien für die Behandlung", deren Ueberschreitung so schwer geahndet werden kann, stellt der Kassenvorstand, also eine Laienvereinigung, auf; er soll zwar nach den Ausführungsbestimmungen vorher ein Gutachten von „Sachverständigen" einholen, es ist aber die Frage, wieweit er sich danach richtet wird.

Nach § 8 der Verordnung soll auf 1350 Versicherte nicht mehr als ein Arzt kommen. Weitere Aerzte brauchen vom Kassenvorstand nicht zugelassen zu werden, auch nicht beim Ausscheiden eines Kassenarztes. Da die genannte Verhältniszahl wohl an allen Orten, wo freie Arztwahl besteht, erreicht oder überschritten ist, bedeutet die Vorschrift also, daß der ärztliche Nachwuchs keine Möglichkeit mehr hat, in die Praxis hineinzukommen. Umgekehrt fehlt jede Bestimmung in der Verordnung, wonach weitere Aerzte zur Kassenpraxis zugelassen werden müssen, wo die vorgeschriebene Zahl noch nicht erreicht ist. Die Kassen können ferner auf dem Lande „Behandlungsdistrikte" einrichten, in denen die Wahl des Arztes den Versicherten vorgeschrieben ist, es lebe damit also das übelbeleumdete Bezirksarztsystem wieder auf. Die deutschen Aerzte bekämpfen die Regierungsverordnung, weil ihre berufliche Unabhängigkeit in Gefahr und ihre Ehre angegriffen ist. Sie sind entschlossen, den ihnen aufgedrungenen Kampf nicht eher aufzugeben, als bis ihren berechtigten Forderungen durch Aenderung des Gesetzes entsprochen worden ist.

•

Auf die Ausführungen des Verbandes Hallischer Kassenärzte zum Generalstreik der Aerzte erwidert die Allgemeine Ortskrankenkasse folgendes:

Der Einsender verschweigt, daß die Verordnung der Reichsregierung vom 30. Oktober 1923 bereits durch eine weitere Verordnung vom 29. November 1923 in wichtigen Punkten abgeändert worden ist, namentlich diejenigen Bestimmungen, gegen welche die Kassenärzte Sturm laufen und welche der Einsender der Oeffentlichkeit vor Augen führt. Insbesondere ist die Bestimmung gestrichen, daß der Kassenvorstand Richtlinien über die Art der Krankenbehandlung nach Anhörung von Sachverständigen aufstellen kann, ferner ist der Ausschluß eines Kassenarztes wegen Nichtbeobachtung solcher Richtlinien nur bei wiederholter und wichtiger Verletzung angängig und dann auch nur, nachdem der Uebertwachungsausschuß auf die Beschwerde des Arztes hin endgültig entschieden hat. Ferner darf der Kassenvorstand die ihm in §§ 1 und 4 Abs. 1 der Verordnung eingeräumten Befugnisse (Ausschluß von Kassenärzten wegen Zuwiderhandlung, Einführung des Bezirksarztsystems bei räumlicher Ausdehnung des Kassenbezirks) erst ausüben, wenn der Uebertwachungsausschuß gebildet ist. Dadurch waren für die Kassenärzte alle die Garantien geschaffen, die sie billigerweise zu ihrem Schutz verlangen konnten und verlangt haben, denn der Uebertwachungsausschuß soll aus je zwei Vertretern der Aerzte und der Krankenkassen mit einem von ihnen gewählten Obmann bestehen, der weder Arzt noch Mitglied eines Kassenorganes sein kann — also eine durchaus objektive Instanz, die zweifellos den Ansprüchen beider Gruppen gerecht werden wird. Trotzdem sind die Kassenärzte in den vertragslosen Zustand eingetreten; sie kämpfen also anscheinend um etwas ganz anderes. So erheben die Kassenärzte bei der jetzigen Behandlung der Kassenmitglieder auch nicht nur die Mindestsätze der Gebührenordnung, wie das vorgeschrieben ist, sondern viel höhere Beträge, z. B. 1,50 Goldmark für die Beratung und die entsprechend höheren Sätze für alle übrigen Leistungen. Wie unzutreffend auch die weitere Behauptung der Kassenärzte ist, daß sie schlecht entlohnt werden, daß sie ferner ihr Honorar nur in entwertetem Gelde erhalten, ist daraus ersichtlich, daß z. B. allein die hiesige Ortskrankenkasse für die Woche vom 26. bis 30. November 7484 Billionen Mark, in der Woche vorher 1867 Billionen an Arzthonorar zahlte, und zwar in Zwischenräumen von je 3 bis 4 Tagen. Rechnet man, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse etwa die Hälfte der Zahl der Versicherten für Halle umfaßt, daß also die übrigen hallischen Krankenkassen den gleichen Betrag aufzubringen haben, so würde sich für die letzte Woche mindestens eine Honorarsumme von rund 15 000 Billionen Mark ergeben, in die sich 158 hallische und 50 auswärtige Aerzte teilen. Dabei ist aber zu beachten, daß verschiedene Krankenkassen, z. B. die Ersatzkassen, viel höhere Honorare zahlen als die Ortskrankenkassen, daß z. B. eine hiesige Ersatzkasse bei einem Mitgliederbestand von 500 allein 1300 Billionen gezahlt hat. So ergibt sich, daß die gesamte Honorarsumme der hallischen Krankenkassen noch eine viel höhere sein müßte als 15 000 Billionen. Viele Kassen, und namentlich auch die Ortskrankenkasse, haben, um die Aerzte vor der Geldentwertung zu schützen, die für jede Jahrswoche fälligen Honorarsummen entgegenkommenderweise nicht erst am Schluß der Woche, sondern in Zeitabständen früher gezahlt, zum Teil sogar in wertbeständigem Gelde.

Was nun für den Fall der Anwendung des § 370 RVO. (vertragslose Zustand) gilt, sind selbstverständliche Befugnisse für eine Krankenkasse, die im Falle eines Vertragsabbruchs der Aerzte die Krankenpflege für ihre Versicherten, namentlich für dringende und schwere Fälle, unter allen Umständen sicherstellen muß. Daß ein gewissenhafter Kassenvorstand und die Geschäftsleitung einer Kasse dabei nur nach vermünftigem Ermessen verfahren und, wo sie eigenes Urteil nicht zureicht, sich der Beratung Sachverständiger bedienen und sogar im Zweifelsfalle nicht nur ein, sondern beide Augen zudrücken werden, dürfte für jeden Einsichtigen selbstverständlich sein. In bezug auf die Beschränkung der Zulassung von Aerzten nach der Zahl der Versicherten ist schon früher in einer ähnlichen Aeußerung der Krankenkassen darauf hingewiesen worden, daß die Kassen zu dieser Frage bisher noch keine Stellung genommen haben und daß sie, falls diese Frage an sie herantritt, die neue Regelung zweifellos unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Kassenmitglieder vornehmen werden.

Aus der Provinz.

Eine aufgerundete Landarbeiterrente.

Was heute noch Berufsgenossenschaften leisten, mit welch geringen Beträgen sie Unfallverletzte abfinden, zeigt nachstehendes Beispiel: Ein Landarbeiter, der beim Rittergutsbesitzer Pagenstecher in Steinbach beschäftigt war, erlitt am 6. April 1923 einen schweren Unfall, der ihn längere Zeit aufs Krankenlager warf. Nach der 14. Woche wurde ihm eine Teilrente gewährt. Dann wurden ihm 25 vom Hundert der Vollrente als vorläufige Rente bewilligt, die — schon außerordnet — auf eine Million Papiermark für das Vierteljahr bemessen wurde.

So werden die Opfer der Arbeit von den Berufsgenossenschaften behandelt. Die Rittergutsbesitzer sind in den letzten Jahren zu ungeheuren Gewinnen gekommen. Arbeiter, die in ihren Betrieben einen Unfall erleiden, werden mit einem völlig wertlosen Papierschein abgefunden.

Merseburg. Zahlung der Grundwertsteuer und Kanalgebühr. Die städtische Grundwertsteuer und Kanalgebühr für den Monat Dezember sind in der Woche vom 6. bis 12. Dezember an die Stadtsteuerkasse zu zahlen. Es sind zu zahlen: Grundwertsteuer für bebaute Grundstücke: Für je 10 000 Mark des für 1923 veranlagten gemeinen Wertes 2 Goldpfennig. Für unbebaute Grundstücke ist nichts zu zahlen. Die Dezemberstuer gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung durch die Zahlung von 2 Goldpfennigen für November als getilgt. Kanalgebühr: Für je 100 Mark der für das erste Vierteljahr 1923 ausgeschriebenen Gebühr 2 Goldpfennig. Es werden folgende Zahlungsbezirke gebildet: Donnerstag: Straßen von A bis Brühl und Kleine Sixtistraße bis Markt. Freitag: Straßen von Burgstraße bis Domstraße und Merseburgerstraße bis Oberaltenburg. Sonnabend: Straßen von Eisenbahnstraße bis Gotthardtstraße und Obere Breitestraße bis Roter Feldweg. Montag: Straßen von Gr. Ritterstraße bis Hallesche Straße und Saalstraße bis Triebelstraße. Dienstag: Straßen von Sixtenstraße bis Kleine Sixtistraße und Unteraltenburg bis Winkel. Mittwoch: Reste.

Bitterfeld. Schulkinder in Not! Immer unerträglicher wird die Not für einen Teil unserer Kinder. Bleich und abgezehrt, in dünner und schadhafter Kleidung, mit zerrissenem Schuhwerk kommen viele zur Schule. Hunderte sind ohne Frühstück, ohne Aussicht auf warmes Mittagessen. Immer größer wird die Zahl der Kinder, die betteln von Haus zu Haus gehen. Zur körperlichen Not gesellt sich der sittliche Verfall. In Erkenntnis dieser Zustände hat sich der hiesige Lehrerverein bereits vor drei Wochen in einem in der Presse veröffentlichten Aufrufe an die Bevölkerung und Behörden mit der Bitte gewandt, der wachsenden Hungersnot unter den Schulkindern zu steuern. Wie aus einem zweiten Aufrufe hervorgeht, hat dieser Weg nicht zum Ziele geführt. Wir haben es hier also mit Leuten zu tun, auf deren Wohltätigkeitssinn nicht selten das Urteil zutrifft, das Heinrich Heine schon vor etwa 100 Jahren über jene fällte, die von ihrem Ueberfluß Großmut üben: „Sie essen gut; sie trinken gut, und freu'n sich ihres Maulwurfsglücks, und ihre Großmut ist so groß, als wie das Loch der Armenbüchs." — Wir werden sehen, daß auch der erneute Appell an den Opfermut, das Entziehen, einem armen Kinde einige Male Mittagbrot, Abendbrot oder Frühstück zu geben, fast wirkungslos bleiben wird. Der Satz Bourgeois hält es noch immer mit dem Sprichwort: Nehmen ist seliger denn geben!

Grünewalde. Aus der Gemeinde. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der Stellung des Ehrenfeuerschutzes in polizeilicher Hinsicht. Eine Entscheidung des Landrats wurde zur Kenntnis genommen. Alsdann wurde über die Lichtversorgungsfrage in der Kolonie „Glück auf" behandelt. Zwei sich widersprechende Berichte des Ueberlandwerkes in Falkenberg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231207-10/fragment/page=0003

berg und der Direktion der Siedlungsgesellschaft. Glück auf! zugesichert, gegen Veranlassung, die Ergründung des tatsächlichen Standes der Angelegenheit zu beschleunigen. Hierbei muß bemerkt werden, daß die Lichtversorgungsangelegenheit der Kolonie schon geregelt sein könnte, wenn die Bewohner mehr Gemeinsamkeitssinn bewiesen hätten. Ein Antrag des Gemeindebeiraes auf Gewährung einer Sondervergütung wurde angenommen. Für das Eckarlshans und den Tandstummenverein der Provinz wurden je 1 Million bewilligt. Die Grundstücksgesellschaft der Linke-Hofmann-Bauchhammer-Werke sowie auch die Glück auf-Siedlungsgesellschaft haben Massenwohnungskündigungen ergehen lassen, da auf Grund der stattgehabten Entlassungen aus den Bergbaubetrieben die Inhaber nicht mehr Werksangehörige resp. im Bergbau tätig seien. Die Gemeindevertretung erklärte, daß für die Aufnahme der Gekündigten in der Gemeinde keine Möglichkeit besteht und sie gegen diese Massenwohnungskündigungen, wenn diese auch scheinbar zu Recht erfolgt sind, Protest einlegen muß. Im Falle der Durchführung der Wohnungsräumung im Wege des gerichtlichen Verfahrens wird die Gemeinde sich neranlaßt sehen, die Obdachlosen der Polizeiverwaltung, das ist der Amtsvorsteher in Leuchhammer, welcher als Vertreter der Linke-Hofmann-Bauchhammer-Akt.-Ges. resp. der Grundstücksgesellschaft die Kündigung anordnete, zur Unterbringung zu überweisen. Die neuen Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge fordern die Ausbarmachung der Arbeitskraft der Erwerbslosen. Mit Hilfe der 160 im Ort befindlichen Erwerbslosen ist eine Durchgangsstraße von 2 Kilometer Länge zunächst instand gesetzt. Weitere Arbeiten ergaben sich in der bebauten Ortslage in Form von Beschleusungs- und Ueberführungsanlagen. Die Instandsetzung im Verfall befindlicher Wohnhäuser soll erwogen und gegebenenfalls ausgeführt werden. Die benötigten Materialien zu beschaffen, wird dem Vorsteher Vollmacht gegeben. Bei dieser Gelegenheit wurde von der Vertretung stark geriigt, daß einzelne Gespannhalter, entgegen der mit der größeren Zahl der Fuhrwerksbesitzer getroffenen Vereinbarung, ihre Gespanne nicht zur Verfügung gestellt haben. Die Leistung unentgeltlicher Gespanndienste macht sich notwendig, soll bei den Begebanten etwas Ersprießliches geleistet werden. Bei Weigerung nach neckmaliger Aufforderung soll die Leistung von Gespanndiensten nach dem KVG. beschlossen werden. Ein weiteres Ortsstatut soll sämtliche Wegenutzungs-, Behauungs- usw. Rechte regeln. Um der Not der Aermsten unter den Erwerbslosen zu steuern, ist eine Volksküche errichtet worden, welche gegenwärtig täglich 90 Portionen Essen verabfolgt. Die rege Sammeltätigkeit der Erwerbslosen hat der Küche die Lebensfähigkeit für einige Wochen gesichert, doch bedarf es noch weiterer reichlicher Spenden in Lebensmitteln und Feuerungsmaterial. Soll die Einrichtung den Winter über durchgehalten werden. Der Wohlfahrtsausschuß wird sich die Förderung der Angelegenheit besonders angelegen sein lassen. Zur Finanzierung der Küche soll auch ein von den Erwerbslosen zu veranstaltender Weihnachtsabend dienen. Die Gemeindemitglieder wollen dem Unternehmen ihre Unterstützung nicht versagen. Zum Schluß fand eine geheime Sitzung statt.

Kleine Nachrichten.

Querfurt. Ein wildgewordener Bulle brach aus dem Gehöft des Fleischermeisters Kleppel aus und lief in den Hof des Landwirts Scherf, wo er in das Haus eindrang. Da das Einfangen des Tieres unmöglich war, mußte es von dem herbeigeholten Polizeiwachtmeister erschossen werden. — **Köthen.** Hier ist man ziemlich umfangreichen Schiebungen auf dem Schlachthof auf die Spur gekommen, in die sowohl der Hofmeister als auch der Direktor verwickelt sein sollen. Das Verfahren ist bereits eingeleitet. — **Oschersleben.** Der Kaufmann Willi Lopp wurde hier von dem Anhänger eines Lastautomobils überfahren, als er versuchte, zwischen diesem und einem anderen Wagen hindurchzugehen. Der Tod trat auf der Stelle ein. — **Dürrenberg.** Wegen dringlicher Wiederherstellungsarbeiten wird die hiesige Schleuse vom 2. bis 31. Januar für den gesamten Verkehr gesperrt. — **Wittenberg.** In einem Anfall geistiger Umnachtung sprang die 40jährige Ehefrau Pohlert aus Cosswig von der Elbebrücke und ertrank. — — In **Gulpa** stürzte das kleine Töchterchen der Familie Driesel in einen Topf kochenden Wassers und wurde derart verbrüht, daß es an den Folgen verstarb. — Beim Ausgraben einer Mißernte fand man in Beyernaumburg einen halben Meter unter der Erde ein Skelett in hockender Stellung. — **Gunsleben.** Ein junger Mann, der wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet wurde, hat in seiner Zelle den Strohsack entzündet und sich, obwohl Hilfe gleich zur Stelle war, schwere Brandwunden beigebracht. Er starb kurz nach seiner Befreiung.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 7. Dezember 1928.

* **Städtische Handelsschule.** Die Ostern 1928 ins Leben gerufene Handelsschule nimmt für nächste Ostern wieder Schüler und Schülerinnen auf. Die Handelsschule hat die Aufgabe, jungen Leuten, die sich dem kaufmännischen Berufe widmen wollen, hierfür eine zweckmäßige Vorbildung zu vermitteln. Unterrichtsfächer sind Handelsbetriebslehre, Buchführung, kaufmännisches Rechnen, kaufmännischer Schriftverkehr, Rechts- und Bürgerkunde, Deutsche Wirtschaftsgeographie und Warenkunde, Schreiben, Maschinenschreiben und Kurzschrift, Fakultativ Englisch. Der Kursus dauert ein Jahr bei vollem Tagesunterricht. Der erfolgreiche Besuch, der durch ein Abgangszeugnis nachzuweisen ist, gibt Berechtigungen nach den jeweils gültigen ministeriellen Bestimmungen.

* **Wem gehört die Uhr?** Wegen Fundunterschlagung beschlagnahmte die hiesige Kriminalpolizei eine silberne Taschenuhr. Der Eigentümer konnte noch nicht ermittelt werden. Es wurde festgestellt, daß die Uhr am 30. Juli 1916 von dem Uhrmacher Kluge verkauft wurde. Wem gehört sie?

Mansfeld. Ein Meisterwerk der Markscheidekunst. Vor einigen Tagen erfolgte der mit großer Spannung erwartete Durchschlag in der 9. Tiefbausohle zwischen dem Paulschacht und dem Bistumschacht. Der Durchbruch geschah von der Paulschächter Seite her, nachdem die Sprengarbeiten seit einiger Zeit auf der Bistumschächter Seite eingestellt worden waren. Die Gesamtlänge der streichenden, fallenden und querschlägigen Strecken beträgt 5700 Meter, die Länge der Sohle und des Querschlages im Niveau der 9. Sohle, die im März 1921 in Angriff genommen wurde, 2550 Meter. Der in einer Districhtung aufgefahrene Querschlag mißt rund 2000 Meter und ist die längste bisher mit Ort und Gegenort aufgefahrene Strecke im Mansfeldischen. Trotz der beträchtlichen Länge der einander zugeführten Strecken trafen diese sowohl in der Seitenrichtung wie auch in der Höhenlage auf das Genaueste aufeinander, so daß die von der Bistumschächter Seite bereits fertiggestellte Lokomotivbahn binnen kurzem die Förderung im Querschlag aufnehmen kann.

Aus aller Welt.

Die Schießaffäre in der Petzower Forst.

Kähne jr. in Schutzhaft genommen.

Die richterlichen Ermittlungen in dem blutigen Zusammenstoß zwischen dem jungen Kähne und den Glindower Arbeitern Körner und Kießler, der, wie berichtet, zwei Tage vor Bußtag in der Petzower Forst sich ereignet hatte, sind weitergegangen, ohne daß dadurch die Schuldfrage endgültig geklärt werden konnte. Inzwischen ist Kähne jun., der infolge seiner nicht unerheblichen Verletzungen zunächst nicht transportfähig war, vor einigen Tagen auf Veranlassung der Regierung von Schloß Petzow nach dem Potsdamer Polizeigefängnis übergeführt worden, wo er sich in Schutzhaft befindet. Seine endgültige Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Dr. Loehning wird erst stattfinden, da beim Lokaltermin der Zustand des Verletzten nur ein informatorisches Verhör gestattete. Die Frage, ob Herr v. Kähne, wie die beiden Arbeiter behaupten, zuerst geschossen hat, oder ob er die Schüsse erst im Verlauf des Kampfes abgegeben hat, wird unter Umständen durch die ärztlichen Gutachten geklärt werden.

Furchtbare Grubenkatastrophe.

Die gesamte Belegschaft eines Schachtes verschüttet.

Königshütte, 7. Dezember. (WTB.)

Wie der „Oberschlesische Kurier" aus Rybnik meldet, stürzten auf der Zeche „Feldmarschall Blücher" beim Schachthochbruch durch das Laufen des Hangenden **große Steinmassen herab, wodurch die Schießbühne fortgerissen und die Sicherheitsbühne durchschlagen wurde. Die gesamte Belegschaft des Schachtes Nr. 2 ist betroffen. Bisher wurden 2 Tote und 3 Schwerverletzte geborgen.**

Ein neuer Tunnel unter der Themse. In London wurde die Ausführung eines neuen Tunnels, der 800 Meter lang sein und 30 Meter unter der Themse liegen soll, beschlossen und die Bauverträge getätigt. Die Kosten belaufen sich auf 8 Millionen Pfund Sterling. Die Arbeit dürfte mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen.

Kinder, die nie ein Schaf gesehen haben. Im Zoologischen Garten der amerikanischen Stadt St. Louis sind jetzt allerlei Haustiere untergebracht worden, um den Großstadtkindern diese Geschöpfe, die ihnen ebenso fremdartig sind wie die exotischen wilden Tiere, vorzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurden alle Schulkinder, die die Haustiere im Zoo besichtigten, befragt, welche Tiere sie schon früher gesehen hatten, und es stellte sich heraus, daß von den fast 6000 Schulkindern 40 Prozent noch nie ein Schaf, 17 Prozent noch nie ein Schwein, 14 Prozent nie eine Kuh gesehen hatten.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schultz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, eaG. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Vereins-Kalender
der VSPD.,
Freien Gewerkschaften, Gesellaten Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk **Halle-Merseburg.**
Sekretariat der VSPT. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofseite. 2 Treppen. — Fernruf 1028.
(Erreichbarkeit daselbst (Fernruf 1028).
Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Mitgliedspreise, gesetzlich abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Versammlungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.
Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.
Halle.
GUJ. Gruppe Süd. Heute 7 Uhr im Heim Gruppenabend. Sprech-Chor. Musikinstrumente mitbringen.
Freier Sängerchor. Vereinslokal Stadt Dresden. Freitag, abends 7 Uhr: Vorstands-Sitzung. 8 Uhr: Singestunde.
Liebenwerda. Freitag, den 7. Dezbr., abends pünktlich 8 Uhr, in der „Kaiserkrone": Monatsversammlung.
Bedra-Braunsdorf. Freitag, abends 7 Uhr im Lokal Böhne in Bedra Versammlung der VSPD. Referent Genosse Schulz (Halle). Thema: „Wohin des Weges?" Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.
Merseburg. Theater-Verein. Sonderveranstaltung Schülerstretche (Extemporale). Lustspiel v. Sturm, am 12., 14. und 18. Dezember, abends 7½ Uhr. Kartenverkauf im „Tivoli" von Freitag, den 7. Dezember (nachm. 3 Uhr, wochentags), bis Donnerstag, den 13. Dezember. Preis 1 Mk., Nichtmitglieder 1.50 Mk. Der Reinertrag dieser Aufführungen wird in voller Höhe zur Unterstützung bedürftiger Einwohner verwendet werden.
Mücheln. Sonntag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, in Gebütte („Roter Hirsch"): Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mit zubringen.
Mansfelder Lande.
Eisleben. Genossenschaftler: Sonnabend, den 8. Dezember, im „Volkshaus": Versammlung der hiesigen Mitglieder des Sangerhäuser Konsumvereins. Da äußerst wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Billig und reell
kaufen Sie
Herren- und Knaben-Kleidung
bei
Cahn
Grosse Ulrichstrasse 4

Stadt-Theater.
Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Fidelio**
Sonntag, abends 7 Uhr: **Der Schatzgräber**

Größte Auswahl, billigste Preise.
Bettstellen u. Matratzen
Bruno Paris,
Leipziger Straße 12.

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

Schöne, gediegene **Speisezimmer-einrichtung** mit 6 guten Ledersitzen, Gesamtpr. **750 Mk.**
Moderner **Mahagoni-Wohnsalon** zusammen **600 Mk.**
Alles sehr gut erhalten, verkauft 4084
Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Praktische Weihnachts-Geschenke
Herren-Ausstattung
Handschuhe
Jumper, Sportjacken
Strumpf- u. Wollwaren
Dauerwäsche
G. Liebermann
Geiststr. 42 4091

Gutterhalt. **Menzenbauer-Bitter** gegen Lebensm. (Kartoffeln od. Wurst) zu tausch. Fritz-Reuter-Str. 9 Hof 2 Treppen.

Billiger Verkauf!
Männer-Fahlleder Arbeitsschuhstiefel a Paar **12 Mk.**
Größe 40—46
Kinderschuhstiefel dauerh. Qualität Größe 31—34 an Paar **7 Mk.**
Partiewarenhaus Ecke Marktplatz 22 Schülersdorf 22

Große Ulrichstr. 51
Licht-C.T.-Spiele
Große Ulrichstr. 51
Schon ab gestern Donnerstag!
Dieser Name marschiert an der Spitze!
Luciano Albertini
Das größte Phänomen seit der Urzeit
bewundert und bestaunt
in seinen unfassbaren Produktionen in dem gewaltigen Zirkus-Sensationsdrama
Die Schlucht des Todes
6 Akte. oder: **Der Pampasreiter.** 6 Akte.
In der Hauptrolle **Luciano Albertini**
Hunderttausenden ist Luciano Albertini nicht mehr Filmstar allein, nicht nur Vertreter seiner Gattung — Luciano Albertini ist Begriff.
Hiersu:
Ein ausgezeichnetes Beiprogramm
Anfang 4 Uhr. — Sonntags 3 Uhr. 4080

1. Junggeflügelschau!
des Geflügelzüchter-Gauverbandes

am 8. und 9. Dezember, in der Wagenhalle der städt. Stoßenbahn a. Schlachthof.
veranstaltet vom Ornithologischen Zentral-Verein. 9049

Achtung
Händler u. Wiederverkäufer
Wir empfehlen zu sehr günstigen Preisen
Bettbezüge, Bettlaken, Bettücher
Bettdecken, Hemden, Futterhosen
Strickwesten aller Art
Woll- und Seidenschale, Stutzen und Socken
Prima Strickwolle
Padauer & Mühlbauer
Oleariusstr. 5. Am Hallmarkt

Volksblatt-
Empfehlenswerte Bücher:
E. J. Gumbel
Vier Jahre politisch. Mord
Heinr. Wandt
Etappe Gent
Buchhandlung

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein G. m. b. H.,
Halle, Mittelstr. 21. 4101
Kleine Anzeigen haben hier grossen Erfolg!

Grosser Krawatten-Verkauf!
zu auffallend billigen Preisen

Seiden- und Strickbinder
Regattes — Diplomaten
Schleifenbinder, Sportbinder
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2 eine Treppe Eing. Sternstr.

Geschäftsverlegung!
Mit heutigem Tage verlege ich mein
Spezialgeschäft :: für Tuche ::
von Alter Markt 4 III nach
Schmeerstr. 11 (Laden)
Neu aufgenommen: Woll- und Weisswaren, sowie Trikotagen
Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, äußerst preiswert zu verkaufen.
Um gütigen Zuspruch bittet
J. Abramowitz

Konsumverein Lieskau u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Sonntag, 16. Dezember, nachm. 2 Uhr, im Tennerschen Lokal:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns; Entlastung des Vorstandes.
3. Bericht des Aufsichtsrats.
4. Wahl der ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Aenderung der Paragraphen 44, 46 und 49 des Statuts.
6. Regelung der Entschädigung des Aufsichtsrats.
7. Anträge der Mitglieder.
8. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat.
J. A.: R. Kriesch, Vorsitz.

Standuhren
In Werk u. schriftliche Garantie verkauft preiswert
Gottfried Schraut
Uhrmacher, Schmeerstraße 4 4098

Delitzsch
Am Schwarzen Brett: 4096
Verlegung der Stadthauptkasse.
Magistrat Delitzsch.

Billig und reell
kaufen Sie
Herren- und Knaben-Kleidung
bei
Cahn
Grosse Ulrichstrasse 4

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231207-10/fragment/page=0004